

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

**Programm Aktive Beschäftigungspolitik
- Sachstand 2007**

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Sozialausschuss	04.03.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	19.03.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	03.04.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Sozialausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 14	+	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben Begründung: Die Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik soll die Chancen am Arbeitsmarkt benachteiligter Menschen auf einen Arbeitsplatz erhöhen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

In seiner Sitzung am 07.12.2006 hat der Gemeinderat dem unter der Drucksache: 0350/2006/BV vorgeschlagenen Beschluss der Verwaltung mit Änderungen zugestimmt und seinen Grundsatzbeschluss zum Programm Aktive Beschäftigungspolitik bekräftigt. Er beauftragte die Verwaltung zu einem Treffen mit den beschäftigungspolitischen AkteurInnen und den Vertretungen der privaten, öffentlichen und sozialen Unternehmen in Heidelberg, mit dem Ziel, das Programm Aktive Beschäftigungspolitik bekannt zu machen, zu erläutern und dafür zu werben. Über die Erfahrungen soll dem Gemeinderat zum Jahresende berichtet werden.

Durch diesen Beschluss wurde aus dem bisherigen Fonds ein „Programm Aktive Beschäftigungspolitik“. Diese Umbenennung wurde vorgenommen, weil es in der Vergangenheit aufgrund des Begriffs "Fonds" häufig zu Missverständnissen kam. Es gab nie eigene Mittel im Sinne eines Geldfonds, sondern es handelte sich immer um eine Selbstverpflichtung. Diese gibt der Verwaltung vor, im Rahmen der im Haushalt veranschlagten Baumaßnahmen etc. Aufträge in Höhe von 2 Mio. € an Unternehmen zu vergeben, die Langzeitarbeitslose beschäftigen.

Am 04.05.2007 lud Herr Oberbürgermeister alle für den Heidelberger Arbeitsmarkt relevanten AkteurInnen sowie die Fraktionsvorsitzenden des Heidelberger Gemeinderates persönlich zu einer Informationsveranstaltung ins Rathaus ein. Sonstige am Thema Interessierte wurden durch eine Pressenotiz im Stadtblatt auf die öffentliche Veranstaltung aufmerksam gemacht und geladen. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse. Insgesamt 28 VertreterInnen, hauptsächlich aus dem Kreis der Interessensverbände, nahmen daran teil.

Verwaltungsintern wurden Ämter, die für entsprechende Auftragsvergaben in Frage kommen, am 14.06.2007 gemeinsam von Amt 16 und Amt 30 über die neuen Modalitäten im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik informiert. Sie wurden aufgefordert, alle Vergabemöglichkeiten auszuschöpfen, um die Zielsetzungen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik zu erreichen. Den Ämtern wurde bei der Beratung von Unternehmen zur Erfüllung der Beschäftigungsbedingungen Hilfestellung von Amt 16 angeboten.

Zum Jahresende erfolgte eine Abfrage bei den Ämtern, die folgenden Sachstand ergab:

Fonds Aktive Beschäftigungspolitik 2007								
Amt:	Gesamtsumme in €	öffentliche Ausschreibung	beschränkte Ausschreibung	freihändige Vergabe	Auftragnehmer			
					ifa	Heidelberger Dienstleistung GmbH	Die Werkstatt	Fa. Hach
19	74.924,84			x	74.924,84			
23	12.892,18			x		12.892,18		
31	18.063,71			x		3.525,65	14.538,06	
40	21.317,07			x	18.140,93		3.176,14	
42	11.000,00			x	10.000,00	1.000,00		
				x		5.000,00		
51	8.000,00		x		3.000,00			
66	1.502,29			x		1.502,29		
		x						48.850,45
67	78.850,45			x			30.000,00	
70	1.076.000,00			x		1.076.000,00		
Summe:	1.302.550,54				106.065,77	1.099.920,12	47.714,20	48.850,45

Insgesamt wurden Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 1.302.550,54 € vergeben. Neun Ämter beteiligten sich an der Umsetzung. Erschwert wurde die Zielerreichung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik im Jahr 2007 durch die späte Genehmigung des Doppelhaushaltes 2007/2008 Mitte Juli 2007. Dies erklärt, warum in diesem Jahr im Gegensatz zu den vergangenen Jahren das angestrebte Auftragsvolumen von 2 Mio. € nicht erreicht wurde.

Zu Beginn des Jahres 2008 werden die Ämter erneut aufgefordert, ihre Planungen für Auftragserteilungen im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik mitzuteilen, um dann am Jahresende einen Plan- / Ist-Vergleich vornehmen zu können.

gez.

Wolfgang Erichson